Tägliche Omaha Tribüne
TRIBUNE PUBLISHING CO.; VAL. J. PETER, President.
1311 Howard Str. Telephon: TYLER 340. Omaha, Nebraska.
Des Moines, Ia., Branch Office: 407--6th Ave.

Preis des Tageblatts: Durch den Träger, per Woche 10c; durch die Post, per Jahr $5.00; einzelne Nummern 2c. — Preis des Wochenblatts: Bei strikter Vorausbezahlung, per Jahr $1.50.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Nebr., Montag, den 7. Mai 1917.

Ersatz für Rußland.

Wie aus Washington berichtet wird, sind die Regierungen der Entente in größter Sorge darüber, wie sich die Verhältnisse in Rußland gestalten. Die Ueberzeugung bricht sich ungeachtet aller beruhigenden Versicherungen aus Petrograd immer mehr Bahn, daß Rußland für die Entente verloren ist, und aus diesem Grunde hat die in Washington anwesende britische und französische Kommission das dringende Verlangen geäußert, daß amerikanische Truppen sobald wie möglich nach der Front gesandt werden, um dort die britisch-französischen Linien zu verstärken.

Nun ist es eine schwierige Sache, über 3000 Meilen Ozean hinweg Krieg zu führen, und ganz besonders, wenn es sich um einen Kampf gegen Armeen handelt, die ihre Stärke nach Millionen bemessen. Man braucht nur zu bedenken, was Rußland in den zweiunddreißig Monaten dieses Krieges geleistet hat, um sich zu vergegenwärtigen, welche Riesenaufgabe unserem Lande von den Alliierten zugemutet wird, wenn es den Ausfall, der durch Rußlands Ausscheiden aus der Entente verursacht wird, nur einigermaßen decken soll.

Rußland hat seit Beginn des Krieges acht Millionen Mann und über 10,000 Feldgeschütze verloren. Die Verluste an Maschinengewehren und sonstigen Waffen und Kriegsmaterial sind so ungeheuer, daß sie sich kaum abschätzen lassen, und doch steht oder stand Rußland bis vor wenigen Wochen mit einer genügend ausgerüsteten Armee von mehreren Millionen an der östlichen Front und zum Teil noch in Feindesland.

Wie aus Washington ferner berichtet wird, sollen vom 1. August an monatlich 20,000 Mann amerikanischer Truppen nach Frankreich gesandt werden, wodurch die französisch-britischen Stellungen an der Westfront um jährlich 240,000 Mann verstärkt werden würden. Ist man in den leitenden Kreisen Washingtons nun wirklich so naiv, zu glauben, daß eine derartige Truppenmacht ernstlich in die Wagschale fallen könnte, besonders wenn die riesigen Armeen der Zentralmächte an der östlichen Front frei werden?

Die Alliierten rechnen auf den moralischen Effekt, den die Anwesenheit unserer Truppen an der Front ausüben würde, und der auch nicht zu unterschätzen ist. Aber diese moralische Unterstützung durch unsere Truppen und die sehr reale Unterstützung durch unser Geld und unsere Hilfsmittel sind auch alles, was die Alliierten vernünftigerweise erwarten können, denn Armeen von einer Stärke, wie sie Rußland ins Feld gestellt hat, werden wir niemals über den Ozean befördern und noch weniger auf der anderen Seiten mit Munition und Lebensmitteln versorgen können.

Scheidet Rußland aus der Entente aus, so wird die strategische Lage der Mittelmächte außerdem unendlich gestärkt. Sie können ihre gesamte Stärke dann an der westlichen Front verwenden und hier eine numerische Ueberlegenheit entwickeln, die die Verstärkungen aus Amerika auch nicht im Entferntesten neutralisieren können. Rußland ist es bis jetzt gewesen, das die Entente zu Lande vor einer gänzlichen Niederlage bewahrt hat, und es hat teuer dafür bezahlt, ohne selbst auch nur den geringsten Vorteil aus seinen unerhörten Opfern und Verlusten zu ziehen.

Jetzt soll Amerika diese Rolle übernehmen oder vielmehr eine noch schwierigere, denn trotz aller rosig gefärbten Berichte aus den Hauptstädten der Entente hat sich die Lage der Alliierten in den letzten Wochen an der Westfront augenscheinlich noch wesentlich ungünstiger gestaltet, als sie es schon vorher war. England hat alle Aerzte im Königreich einberufen und nach der Front beordert. Es begründet diese Maßregel damit, daß die Hospitalschiffe torpediert würden, was indessen nur der Fall ist, wenn sie durch die Gefahrzone gehen. In Wirklichkeit hat England seine Aerzte einberufen und verlangt noch tausend Aerzte von uns, weil seine in den letzten Gefechten erlittenen Verluste so enorm sind, daß es sie mit dem bisherigen Sanitätspersonal nicht mehr bewältigen kann.

Frankreich ist scheinbar am Ende seiner Hilfsmittel angelangt. Es räumt schon beinahe die Kinderstuben aus, um die Lücken in seiner Armee zu füllen, wie die Musterung der Vierzehnjährigen hinter der Front beweist. Und dabei lassen die Vorgänge der letzten Tage darauf schließen, daß Deutschland bereits jetzt Truppen von Osten nach der westlichen Front abzieht. Seit einigen Tagen sind die Grenzen Deutschlands wieder hermetisch verschlossen, was jedes Mal bei starken Truppenverschiebungen der Fall zu sein pflegt.

Der Bruch mit dem Alten.

Das deutsche Volk kämpft zur Zeit einen doppelten Kampf. Mit seinen äußeren Widersachern ficht es um seine Existenz und im Innern gilt sein Ringen der Durchsetzung demokratischer Ideale. Diese innerpolitische Bewegung findet in der Presse, im Parlament und durch die berufsmäßigen Parteipolitiker mehr oder minder lauten Ausdruck. Es ist der Kampf zwischen den Mächten, die das bisherige System möglichst erhalten möchten, und den Kräften, die Deutschland zu einem Volksstaat im eigentlichen Sinne des Wortes machen wollen. Daß letzteren über kurz oder lang der Sieg beschieden sein wird, daran zweifelt wohl niemand, der die innerpolitische Entwicklung des Landes in den letzten Jahrzehnten aufmerksam verfolgt hat. Es fragt sich nur, wie lange es währen wird und wie stark der von außen ausgeübte Druck noch werden muß, bis der demokratische Gedanke sich in allen Schichten des deutschen Volkes Geltung verschafft hat. Wer es aufrichtig mit ihm meint, wird den Wunsch teilen, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit grundsätzlicher Verfassungsänderungen möglichst bald allgemein werde.

Der Schwierigkeiten, die einem solchen Umschwunge althergebrachter Ideen und Vorurteile entgegenstehen, sind nicht wenige. Das herrschende Element in Preußen, das damit auch bis zu einem gewissen Grade für Deutschland maßgebend war, waren bis zum Kriege die konservativ-aristokratischen Tendenzen, also die Macht einer kleinen Schicht, vor allem des Adels, dessen Geschichte und Entwicklung mit der Preußens und anderer deutschen Staaten auf das Allerengste verknüpft sind, der seine Angehörigen in allen staatlichen Verwaltungszweigen hatte und durch seine dominierende Stellung in ihnen, sowie im Heer und in der Deplomatie den Geist des ganzen Staatslebens bestimmte, zumal ihm das Dreiklassenwahlsystem in Preußen das Heft im größten Bundesstaate vollkommen in die Hand gab. Man mag über diese Herrschaft der Adelsklasse denken, wie man will; die eine Anerkennung darf man ihr jedenfalls nicht versagen: sie hat gut regiert. In der Ordnung des Staatswesens, in der Zuverlässigkeit des öffentlichen Dienstes, in der Tüchtigkeit und Unbestechlichkeit des Beamtentums, in der Organisation der Kräfte sucht sie ihresgleichen. Sie hat dem Staate unzählige tüchtige Männer geschenkt. Wenn ihre berufenen Vertreter nun aber daraus den Schluß ziehen, daß die bewährten Grundlagen des Staates erhalten, mit anderen Worten daß die Klassenherrschaft in Deutschland im Interesse des Volkes auch fernerhin fortgesetzt werden müsse, so wäre das ein Trugschluß. Nicht weil, sondern obwohl der Staat diese hinter der Entwicklung breiter Volksschichten zurückgebliebenen Einrichtungen hatte und obwohl die große Mehrheit des Volkes in ihm von allem Einfluß auf die Leitung seiner Angelegenheiten ferngehalten wurde, hat er die Erschütterung des Krieges bisher überstanden. Der Grund dafür ist in ersten Linie in der beispiellosen Hingabe aller Schichten des Volkes an den Staat, in dem Erwachen des Staatsgedankens in der Gesamtheit zu suchen.

Darum ist in Zukunft auch an die Beherrschung des Staates durch eine Schicht nicht mehr zu denken. Es gibt keine Macht, welche stark genug wäre, sich der elementaren Gewalt dieser Strömung mit Aussicht auf Erfolg entgegenzustellen. Die „Rechte" wird sie allerdings zu bekämpfen suchen. Das geht aus unzweideutigen Auslassungen der Junkerpartei zur Genüge hervor. Es kann jedoch nicht ausbleiben, daß die „Neuorientierung", wie man in Deutschland umschreibend die im Gange befindliche friedliche Revolution gern nennt, auch schließlich auf die bevorrechteten Stände abfärbt. Die Länge des Krieges und die ungeheuren Leistungen und Opfer machen das Verlangen nach einer stärkeren Beteiligung des Volkes an der eigenen Regierung nur um so begreiflicher und verständlicher. Auch die gegenwärtig herrschenden Klassen werden sich der Berechtigung der Forderungen nicht länger verschließen können. Die Anzeichen dafür häufen sich zusehends. Wer hätte noch vor drei Jahren beispielsweise daran gedacht, daß man internationale Verhandlungen, noch dazu Verhandlungen mit dem Gegner ohne Bedenken den Führern der Sozialdemokratie überlassen würde? Und doch sind diese Verhandlungen offenbar Tatsache. Die Zeitungen haben über sie berichtet, und man hat sie niemals abgeleugnet. Es mögen besondere Umstände gewesen sein, welche in diesem Falle die alte, berufsmäßige Diplomatie aus dem Sattel gehoben haben. Aber der auffallende Sprung von den aristokratischen Diplomaten vor dem Kriege zu den „roten" Sendboten, die Rußland zum Abschlusse eines Sonderfriedens veranlassen sollen, läßt immerhin tief blicken und muß zum Nachdenken anregen. Der Bruch mit dem Alten hat in Deutschland bereits begonnen. „Ch. Abdpst."

Man nominiere seine Freunde für den Automobil-Kontest!

Anmeldungen beginnen jetzt einzulaufen; Zahl der mutigen Feldgrauen dürfte rasch wachsen! Jeder Kontestant erhält eine Belohnung!

Leser der Täglichen Omaha Tribüne, die Freunde haben, von denen sie glauben, daß sie tüchtige Kontestanten machen werden und Zeit und Gelegenheit haben, sich um das Ford-Automobil zu bewerben, sollten von diesen jetzt sofort als Kontestanten angemeldet werden. Man sende den Nominationszettel ein, wodurch der Kandidat sofort 10,000 Stimmen erhält; bezahlt der Freund dann noch seine eigene Zeitung auf ein Jahr, so erhält sein Freund 12,000 Stimmen mehr und hat also einen schönen Anfang. Deshalb sende man den Nominations-Coupon heute noch ein.

Eine Anzahl Anmeldungen sind bereits eingelaufen, auch einige, die von Freunden nominiert wurden. Die Namen der Kontestanten werden in einigen Tagen veröffentlicht.

Der Hauptgrund, weshalb Kandidaten sich jetzt gleich melden sollten, besteht darin, daß sie ihre Hilfstruppen organisieren. Ihre Freunde, Verwandte und Bekannte müssen ihnen helfen und sie tun das gerne, was sich in unseren Kontesten stets in überzeugender Weise gezeigt hat. Man gehe also in der rechten Weise ans Werk. Man zeige sich als mutiger Feldgrauer und der Sieg kann nicht ausbleiben.

Die Registrierungspflicht fürs Heer!

Das Kriegsdepartement hat am Samstag folgende Ausführungsbestimmungen für die vom Kongreß beschlossene „Aushebung mit Auswahl" erlassen und gleichzeitig sich an die staatlichen Wahl- und sonstigen Zivilverwaltungsbehörden mit dem Ersuchen gewandt, sich der Arbeit freiwillig zu unterziehen, um deren möglichste Beschleunigung zu erzielen. Die Bekanntmachungen des Departements lautet:

„Es hat in der Geschichte unseres Landes eine Zeit gegeben, da militärische Zählbeamte mit Bajonetten hinter sich ins Land hinausgingen, um einen Zwangszensus für Militärdienst aufzunehmen. Heute wird auf Grund der allgemeinen Dienstpflicht die Durchführung des Gesetzes in die Hände des Volkes gelegt.

„Die endgiltige Gutheißung der neuen nationalen Heeresvorlage und die sich daran anschließende Proklamation des Präsidenten werden gleichzeitig erfolgen. Alle Personen, die innerhalb der vom Gesetz festgelegten Altersgrenzen stehen, werden aufgefordert, sich zur Registrierung an den örtlichen Wahllokalen, in den Prezinkten, wo sie ihren dauernden Wohnsitz haben, an einem vom Präsidenten anzusetzenden Tag einzufinden. Es ist wahrscheinlich, daß zwischen der Vollziehung der Vorlage und dem Registrierungstag zehn bis fünfzehn Tage vergehen werden.

„Der Gouverneur jedes Staates wird in diesem der oberste Wahlbeamte sein; der Registrierungs-Apparat der einzelnen Counties untersteht den Sheriffs, den County-Clerks und County-Aerzten, die „ex officio" diesen Dienst zu leisten haben, es sei denn, daß der Gouverneur eine andere Behörde auftellt. In Städten von mehr als 30,000 Einwohnern wird die Registrierung der Aufsicht des Mayors und besonders anzustellender Registrierungsbehörden unterstehen. Um den in Betracht kommenden County- und städtischen Beamten sowie dem Volk im Allgemeinen ein richtiges Verständnis der Zensus-Methode zu geben, diene folgender kurze Umriß:

„Die Sheriffs oder sonstigen Registrierbeamten sollen sofort nach der Benachrichtigung seitens des Gouverneurs für jeden Wahlprezinkt Registrare bestimmen.

„Es soll für je 170 zu registrierende Personen ein Registrar aufgestellt werden. Jede zu registrierende Jahresklasse wird ungefähr ein Prozent der Bevölkerung ausmachen. Wenn beispielsweise alle Männer zwischen 19 und 25 Jahren einschließlich zu registrieren sind, hätte der Registrar ungefähr sieben Prozent der Bevölkerung seines Prezinkts zu registrieren.

„Es ist wünschenswert, sich die Dienste zuverlässiger, freiwilliger Registrate zu sichern, die die Arbeiten ohne Bezahlung tun; alle Registrare sind zu vereidigen.

„Das Wahllokal in jedem Prezinkt ist für die Registrierung in Stand zu setzen. Vollständig gedruckte Anweisungen, die alle Einzelheiten der Registrierung enthalten, werden am fünften Tage nach der Proklamation des Präsidenten in den Händen der Sheriffs bezw. Mayors sein.

„Der Mayor einer Stadt mit mehr als 30,000 Einwohnern, oder die in einer solchen vom Gouverneur ernannten Beamten sollen mit Genehmigung des Gouverneurs in jeder Ward oder jeder geeigneten kleineren Unterabteilung von ungefähr 30,000 Einwohnern eine besondere Registrierungsbehörde schaffen und für jede dieser Behörden einen Beamten ernennen, der dieselben Obligenheiten hat, wie in dem oben Angeführten der Sheriff. Wenn es dem Mayor gut dünkt, kann er eine zentrale Registrierungsbehörde ernennen, in der die Arbeit der untergeordneten Behörden zusammenläuft.

„Am fünften Tage nach der Proklamation des Präsidenten haben sich die Clerks der Counties und Städte über 30,000 Einwohner vom Sheriff oder dem Mayor die nötigen Formulare und Exemplare der Registrierungsvorschriften zu verschaffen. Abwesende und Kranke haben sich an diese Clerks betreffs Ausfüllung der Registrierungskarten zu wenden; keinenfalls sollen solchen Personen Registrierungsformulare gegeben werden. Sie sind vom Clerk dahin zu instruieren, daß es ihre Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß die Karten die Registrare ihrer heimatlichen Prezinkte am Registrierungstage erreichen.

„Personen, die zur Zeit von ihrem Heimatscounty abwesend sind, können per Post registriert werden. Derartige Abwesende sollten am 6. Tage nach dem Erlaß der Proklamation des Präsidenten zum Clerk des County's gehen, in dem sie sich gerade aufhalten. In einer Stadt von mehr als 30,000 Einwohnern haben sie sich an den Clerk der Stadt zu wenden. Sie werden hier Weisung erhalten, wie sie zu registrieren haben; jedoch haben sie ihre Karten so zur Post zu geben, daß sie ihren heimischen Prezinkt bis zum Registrierungstag erreichen.

„Personen, die zu krank sind, zur Registrierung zu erscheinen, müssen am 6. Tag nach der Proklamation eine zuverlässige Person zum County- oder Stadtclerk schicken, der die nötigen Anweisungen geben wird.

„Beamte von Unterrichts-, Wohltätigkeits- oder anderen Anstalten sollten sich am 6. Tage nach der Proklamation an den County- oder Stadtclerk wenden, um Anweisungen über eine angemessene Registrierung zu erhalten.

„Die Verwalter von Gefängnissen, Zuchthäusern oder Reform-Anstalten sollten sich am 6. Tage nach der Proklamation um Anweisungen an den County- oder Stadtclerk wenden.

„Fünf Tage nach Erlaß der Proklamation des Präsidenten werden in den Händen der Sheriffs und aller zuständigen Beamten von Städten über 30,000 Einwohnern vollständige Bestimmungen sein.

„Der Präsident ist ermächtigt, alle öffentlichen Beamten zur Hilfe bei der Durchführung des Gesetzes heranzuziehen. Doch ist der Plan, sich auf die richtige Durchführung des Gesetzes durch das Volk selbst zu veranlassen. Es wird erwartet, daß patriotische Bürger ihre Dienste als Registrare freiwillig anbieten werden. Solche Dienste werden dankbar anerkannt werden. Freiwillige, die sich zur Verfügung stellen wollen, sollten sich sofort mit den zuständigen Beamten in Verbindung setzen."

Billy Sunday hat sich bereit erklärt, mit Roosevelt in den Krieg zu ziehen und ihm die Feldherrnstiefel zu putzen. Für diesen seltsamen Gottesmann allerdings die ideale Beschäftigung.

Konservierungs-Kongreß 22.—25. Mai in Omaha!

Gouverneur Neville hat einen solchen zum Besten des Staates Nebraska einberufen.

Gouverneur Neville hat durch eine öffentliche Bekanntmachung für die Tage vom 22. bis 25. Mai einen Kongreß einberufen, der über die Konservierung der Hilfsquellen des Staates beraten soll. Die Sitzungen werden im hiesigen Auditorium stattfinden und Nebraska wird der erste Staat im Lande sein, der einen derartigen Staatskongreß abhält.

Der Kongreß wird unter der Leitung der Konservierungs- und öffentlichen Wohlfahrtskommission des Staates stattfinden und unter Beihilfe des Publizitätsbureaus.

Der Gouverneur ersuchte jede Organisation und jeden Verein im Staate, zu diesem Kongreß Delegaten zu entsenden. Jeder Bürgermeister ist aufgefordert worden, Delegaten zu ernennen, welche seine Stadt vertreten, und alle Delegaten sollen sich darauf vorbereiten, praktische Winke zur Lösung der verschiedenen wichtigen Fragen zu geben. Der Kongreß wird sich mit vier Hauptfragen zu beschäftigen haben, nämlich die Konservierung der Viehbestände, die Konservierung der Getreidevorräte, die Konservierung von Geflügel und Eiern und die Konservierung im Garten und Haushalt.

Vorträge, welche auf diese Ziele hindeuten und praktische Winke für sparsames Haushaltungswesen usw. geben, werden während des Kongresses gehalten werden.

Von Streikbrechern in Lincoln ermordet!

Der Straßenbahnstreik in Lincoln, der zu Ende ist, fordert noch blutiges Opfer.

Lincoln, Nebr., 7. Mai. — Der 30-jährige William Miller wurde gestern abend spät in einem Wortwechsel mit Nichtunion-Angestellten der Straßenbahn, welche von anderen Städten hierher gebracht worden waren, um die Plätze der Streiker einzunehmen, von einem der Letzteren erschossen. Der Schaffner des betreffenden Eisenbahnwagens wurde festgenommen. Es ist dies die einzige wirkliche Gewalttat, die seit Beginn des Streikes vorgekomen, u. mußte gleich den Tod eines Menschen zur Folge haben.

Der Streik ist vorüber, denn die Straßenbahn Gesellschaft hat den Betrieb mit Nichtunionleuten wieder durchgeführt und es heißt, daß die Ausständigen jetzt willens sind, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Stiften Ballon-Uebungsfeld.

Von patriotischen Bürgern mit vollständiger Ausrüstung ausgestattet.

New York, 7. Mai. — Eine Anzahl patriotischer Bürger hat für die Armee ein an Ocean Terrace, Stapleton, L. J., gelegenes, vollständig ausgerüstetes Ballon-Uebungsfeld gestiftet, und der Platz ist von Frau Charles A. Van Rensselaer, der Vorsitzenden des leitenden Komitees, dem Brigadegeneral George S. Squier, Chef des Bundes-Signalkorps, schriftlich übertragen worden.

Das Terrain ist genügend groß für Uebungszwecke und steht der Armee während des Sommers frei zur Verfügung. Die Ausrüstung besteht aus einem militärischen Drachenballon, Winde mit Maschine, 5,000 Fuß Stahlkabel, zwei Fallschirme, 25 Betten, 50 Armeedecken, Küche und Küchenutensilien und einem 115 Fuß langen Schuppen, der Unterkunft für 25 Mann bietet. 25 ausgesuchte Leute, nahezu alle Studenten oder Graduierte der Columbia Universität haben sich zur Ausbildung angemeldet und warten darauf, daß General Squier einen Offizier als Instrukteur zur Verfügung stellen wird.

Franzosen ziehen Knaben u. Greise ein!

Paris, 7. Mai.— Eine nationale Wehrvorlage, welche zur Zeit dem Senat in Paris vorliegt, verlangt Zählung der gesamten männlichen Bevölkerung Frankreichs zwischen 16 bis 60 Jahren, ohne Rücksicht auf ihre nationale Zugehörigkeit. An den von der Zählung Betroffenen soll die Frage gerichtet werden, ob er, im Falle er seine gegenwärtige Beschäftigung aufgeben will, bereit ist, eine landwirtschaftliche oder industrielle Beschäftigung anzunehmen, entweder in der Nähe seines Heimatsortes oder anderswo.

Die rumänischen Oelquellen laufen wieder; ihre vollständige Zerstörung, deren die Engländer sich seinerzeit gerühmt haben, ist also auch, wie so manches andere, Pfuscharbeit gewesen.

Sie brauchen nicht an Katarrh zu leiden!

Aber Sie müssen ihn aus Ihrem Blut vertreiben, um ihn dauernd los zu werden.

Vielleicht war es Ihre Gewohnheit, Ihren Katarrh mit äußerlichen Mitteln heilen zu wollen. Sie versuchten Zerstäuber, Waschungen und Gurgelwasser und fanden auch zeitweilige Erleichterung. Aber nach kurzer Zeit hatten Sie einen anderen Anfall und wunderten sich darüber. Sie müssen aber hier in Betracht ziehen, daß der Katarrh eine Infektion des Blutes ist, daß daher dieselbe aus dem Blute vertrieben werden muß, ehe man dauernde Heilung erwarten kann. Je schneller Sie dies begreifen, desto eher werden Sie gesund sein. S. S. S., das schon über fünfzig Jahre gebraucht wird, vertreibt das Katarrh-Gift aus Ihrem Blut, reinigt und stärkt es, treibt den neuen Lebenssaft durch Ihr ganzes System und gibt Ihnen so Ihre Gesundheit wieder. Sie werden frei sein von Schleimabsonderung im Munde, Entzündung der Nasenschleimhäute, Husteln und Spucken.

Alle verläßlichen Apotheker haben S. S. S. vorrätig und wir raten Ihnen an, dasselbe sofort zu versuchen.

Das Haupt unserer medizinischen Abteilung ist gerne zur Beantwortung von Anfragen bereit. Keine Berechnung für medizinischen Rat. Schreibt an Swift Specific Company, 44 Swift Laboratory, Atlanta, Ga.

Endlich wieder erstattet

Seit der Administration Roosevelts geht durch die Politik der Bundesregierung hinsichtlich der öffentlichen Ländereien wie ein roter Faden ein immer stärkeres Bemühen, dem Volke zu geben und zu erhalten, was des Volkes ist. Schärfere Gesetze wurden vom Kongreß erlassen, um landgrabschenden Korporationen wirksamer das Handwerk zu legen und den bona fide Heimstätte Suchern und wirklichen Ansiedlern die ihnen gebührenden Rechte zu wahren. Gebiete, welche wertvolle Waldbestände oder Bodenschätze enthielten, wurden der Besitzergreifung unter dem Titel von Heimstätten entzogen und einer Benutzung vorbehalten, welche das allgemeine Beste im Auge hatte. Die seit Jahrzenten befolgte Mode, durch großartige Landschenkungen Bahngesellschaften zum Ausbau ihrer Linie zu ermuntern, wurde vollständig aufgegeben.

Die Bundesregierung beschränkte sich jedoch nicht darauf, das Eigentum der Allgemeinheit gegen künftige Angriffe von Langfingern aller Sorten sicherzustellen, sondern hat sich auch seit dem Anfang dieses Jahrhunderts bemüht, früher begangenes Unrecht nach Kräften wieder gut zu machen. Ein Gesetz wurde angenommen und dem Justizdepartement die notwendige Geldsumme zur Verfügung gestellt, um energische Verfolgung aller Spekulanten zu ermöglichen, die sich auf betrügerische Weise in den Besitz öffentlichen Landes gesetzt hatten, und sie zur Herausgabe desselben zu zwingen. Gewaltige, viele Hunderttausende von Acres Land umfassende Gebiete wurden dadurch in den letzten zwei Jahren ihren unrechtmäßigen Besitzern abgenommen und wieder zur öffentlichen Domäne geschlagen.

Die beiden wichtigsten Fälle in dieser Beziehung waren bis vor kurzem die im Jahre 1911 erfolgte Ungültigkeitserklärungen aller Besitzeintragungen in den sogenannten Cunningham-Kohlenfeldern in Alaska und die Klage gegen die Southern Pacific-Bahn und eine größere Anzahl von Gesellschaften auf Rückgabe wertvoller Petroleumländereien in Kern County in California. Sie überragt jedoch an weittragender und symptomatischer Bedeutung der vor wenigen Tagen vom Obersten Bundesgerichte entschiedenen Prozeß gegen die Southern Pacific-Bahn, in welchem es sich um Rückfall von 2,300,000 Acres Land in den Staaten Oregon und Washintgon an die öffentliche Domäne handelte.

In den sechziger Jahren hatte der Kongreß der Oregon & California Bahn, die jetzt einen Teil des Southern Pacific Bahnsystems bildet, eine Schenkung von 3,100,000 Acres Land gemacht, um den Ausbau ihrer Linien zu fördern. Die Schenkungsbedingungen waren die in derartigen Fällen üblichen: es sollte nur an wirkliche Ansiedler verkauft werden, keiner durfte mehr als 160 Acres erwerben und der Verkaufspreis sollte nicht höher sein, als $2.50 per Acre. Jahrzehnte meldeten sich so gut wie gar keine Käufer für das Land, das außerordentlichen starken Waldbestand aufwies, dem jedoch seinerzeit keinerlei kommerzielle Bedeutung beigemessen wurd. Erst, als in den Oststaaten Holz knapper und teurer zu werden begann, richteten dortige Kapitalisten ihr Augenmerk auf dies Land und begannen dasselbe unter Anwendung allerlei Kniffen und unter Umgehung bestehender Gesetze in großen Massen anzukaufen. Schließlich wurde auch die Bahngesellschaft auf den steigenden Wert dieser Ländereien aufmerksam und weigerte sich, noch irgend welches Land unter den im Schenkungskontrakt enthaltenen Bedingungen zu verkaufen.

Die Staatslegislatur von Oregon richtete im Jahre 1907 eine Denkschrift an den Kongreß, in welcher die Weigerung der Bahn, noch weiter Land zu verkaufen, sowie die Tatsache klargelegt wurde, daß früher mehr als 160 Acres an den einzelnen Käufer und zu höherem Preise als $2.50 per Acre verkauft worden sei. Auf Grund dieser Angaben wurde das Justizdepartement beauftragt, im Klagewege die Gerichte zu veranlassen, die Landschenkung für ungültig und verfallen zu erklären. In letzter Instanz entschied das Oberste Bundesgericht, daß zwar die Landschenkung nicht als ungültig erklärt werden könne, daß aber die noch verbleibenden 300,000 Acres von der Bahn nicht verkauft werden dürften, sondern dem Kongresse die Verfügung darüber zustehe.

Letzterer nahm die Ferris-Chamberlain-Vorlage an, die bestimmt, daß Farmland und Holzland getrennt verkauft werde, daß von dem Verkaufspreise von $2.50 per Acre der Bahngesellschaft zufallen und den Staaten Oregon und Washington an rückständigen Steuern $1,300,000 gezahlt werden sollen, und daß von dem noch erübrigenden Betrage ein Viertel den öffentlichen Schulen der beiden Staaten, ein Viertel den Counties für öffentliche Arbeiten, 10 Prozent der Bundeskasse und 40 Prozent dem Reklamationsfond gehören solle. Die Southern Pacific Bahn focht dieses Gesetz, bezw. die Verteilung des Erlöses aus dem Verkauf der Ländereien als verfassungswidrig an, wurde jedoch, wie erwähnt, vor einigen Tagen vom obersten Tribunal abgewiesen. Das Gesetz besteht sonach zu Recht, und nun wird es wohl nicht mehr allzulange dauern, bis seine Bestimmungen zur Ausführung gelangen und das Volk wenigstens einen kleinen Teil dessen wieder erlangt, was ihm in früheren Zeiten widerrechtlich genommen worden ist.

Amerikanisierung!

Im Laufe dieses Monats wird in Washington die erste regelmäßige Versammlung der American League for National Unity stattfinden, deren Ziele und Absichten sind, „das Bindestrich-Bürgertum abzuschaffen, einen nationalen Feldzug für die Verbreitung tiefwurzelnden Amerikanismus zu führen und zu versuchen, Mittel und Wege zu finden, wie jeder loyale Mann und jede loyale Frau Amerika dienen kann." Diese Liga wurde vor einigen Tagen gegründet, und die Liste ihrer vorläufigen Beamten weist fast ausschließlich Namen von amerikanischen Bürgern auf, die im Auslande geboren sind. Ihr provisorischer Präsident ist Dr. Charles Steinmetz von der General Electric Co. in Lynn, Mass., die bedeutendste Autorität in den Ver. Staaten auf dem Gebiete der elektrischen Wechselströme, ein geborener Schlesier; unter den anderen Direktoren sind gebürtige Franzosen, Italiener, Belgier, Deutsche, Oesterreicher, Engländer usw. Diese provisorischen Beamten und Direktoren werden in der ersten Sitzung der Liga durch die regelmäßigen, auf ein Jahr gewählten ersetzt werden; doch ist, nach den Aeußerungen zahlreicher Mitglieder zu schließen, kein Zweifel, daß die bisherigen provisorischen Beamten und Direktoren wiedergewählt werden, bzw. daß, wo dies nicht der Fall sein sollte, die neugewählten Führer der Vereinigung wiederum zum größten Teile aus amerikanischen Bürgern ausländischer Geburt bestehen werden.

Die neue Liga für nationale Einheit stellt nur einen der vielen gerade in der letzten Zeit häufiger als jemals unternommenen Versuche dar, die fremdgeborene Bevölkerung unseres Landes mit amerikanischen Sitten und Gebräuchen, amerikanischer Sprache und amerikanischer Denkart, amerikanischer Lebensweise und Lebensauffassung vertraut zu machen, mit einem Worte, sie zu amerikanisieren. Sie unterscheidet sich jedoch von allen anderen Amerikanisierungsvereinigungen dadurch, daß an ihrer Spitze selber Fremdgeborene stehen, Männer, deren Loyalität für das Vaterland ihrer Wahl über allen Zweifel erhaben ist, die aber den zum Amerikanismus zu Bekehrenden mehr Vertrauen einflößen dürften, weil sie mit ihnen den gleichen völkischen Ursprung, die gleiche Muttersprache teilen und für ihre manchmal recht wunderlichen Gedankengänge besseres Verständnis haben.

Man wird gut daran tun, die Tätigkeit und die Erfolge der neuen Liga aufmerksamen Auges zu verfolgen. Sollte sie sich bewähren, so scheint es am Platze, die bei ihrer Organisation maßgebenden Gesichtspunkte und angewandten Grundsätze auch bei anderen Unternehmungen ähnlichen Charakters zur Durchführung zu bringen.